



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 636 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die Ressourcenentwicklung in der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten in den Planjahren 2019–2022 / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Melanie Setz Isenegger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Melanie Setz Isenegger: Die Antwort des Regierungsrates zeigt deutlich auf, dass im Bereich Personal auch für die zukünftigen Jahre genügend Mittel zu budgetieren sind. In der Antwort werden bereits einige Bereiche erwähnt, etwa eine Zunahme bei der Cyberkriminalität und der organisierten Kriminalität oder weitere neue Aufgaben. Für diese Spezialbereiche – darunter fällt auch der Menschenhandel – braucht es vertieftes Fachwissen sowie eine nationale oder internationale Zusammenarbeit. Aber auch in anderen Bereichen nimmt die Belastung zu, insbesondere dort, wo es neue Gesetze und Abläufe gibt, wie zum Beispiel an den Gerichten beim Familienrecht oder beim Datenschutz. Für die diversen IT-Projekte werden ebenfalls Ressourcen finanzieller wie auch personeller Natur benötigt. Diese sind aber noch immer nicht abschätzbar; immerhin werden teilweise Mittel dafür eingestellt. Damit sich die Gesellschaft auf ein funktionierendes Rechtssystem verlassen kann, müssen die verschiedenen Anforderungen im Budget Eingang finden, oder aber wir müssen als Gesellschaft Abstriche an Sicherheit und Gerechtigkeit machen, was wohl niemand möchte. Die SP behält dieses Thema im Auge, auch für den Aufgaben- und Finanzplan (AFP).

Pirmin Müller: Die gestellten Fragen sind zwar berechtigt, das Grundproblem ist aber schon lange erkannt. Dementsprechend ist der Ausbau der Personalressourcen bei den erstinstanzlichen Gerichten in Planung, und beim Kantonsgericht sollen Gerichtsschreiberstellen im Bereich Strafrecht gezielt aufgestockt werden. In den weiteren Bereichen – wie beispielsweise in der Digitalisierung, der Schnittstellenbereinigung, der Spezialisierung von Mitarbeitenden und der Bekämpfung von Cyberkriminalität sowie der organisierten Kriminalität – wird der effektive Bedarf abgeklärt. Mit einem Bericht ist demnächst zu rechnen. Die SVP-Fraktion begrüsst die von der Regierung aufgezeigte pragmatische, sinnvolle und vor allem zielorientierte Vorgehensweise.

Peter Zurkirchen: Die gestellten Fragen sind nach Meinung der CVP-Fraktion interessant und wurden ausführlich beantwortet. Immer mehr Straffälle mit praktisch unverändertem Personalbestand führen dazu, dass der politische Leistungsauftrag nur noch knapp erfüllt werden kann. Bei der Staatsanwaltschaft sowie bei den Gerichten verschärft sich die Ressourcensituation zunehmend. Bei den erstinstanzlichen Gerichten ist der notwendige Ausbau der Personalressourcen erkannt und die Planung in Angriff genommen worden. Das Thema Ressourcen wurde in den vergangenen Sitzungen der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) mit den Betroffenen mehrmals diskutiert. Die JSK hat aus

diesem Grund eine Anfrage eingereicht, die den Handlungsbedarf der personellen, aber insbesondere auch der infrastrukturellen Ressourcen der Gerichte aufzeigen soll.

Hans Stutz: Wir haben in der JSK über diese Frage diskutiert, es hat aber lange gedauert, bis wir die entsprechenden Informationen erhalten haben, weil ganz offensichtlich aus finanzpolitischen Gründen gebremst worden ist. Es ist bekannt, dass seit 2014 ein Handlungsbedarf besteht. Dafür verantwortlich sind einerseits die Änderung der Strafprozessordnung und andererseits das Bevölkerungswachstum. Endlich wurde der Bedarf erkannt, und endlich ist auch der Wille da. Die Anfrage rennt offene Türen ein, die der Öffentlichkeit aber bis anhin nicht bekannt waren. Aus diesem Grund war die Anfrage notwendig.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: In diesem Zusammenhang verweise ich auf unsere Sicherheitsstrategie. Eine wichtige Stossrichtung ist tatsächlich die verstärkte Verfolgung von Vergehen im Bereich Cyberkriminalität, Bankenkriminalität, Menschenhandel und Drogenhandel. Anlässlich der Beratung über den AFP werden wir über diese Frage diskutieren und eine personelle Verstärkung der Abteilung 4 der Staatsanwaltschaft anvisieren.